

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39  
Telefax: 0 22 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Hans Eichel zum Umgang mit der Asylproblematik: Mit Zivilcourage und Rechtsstaatlichkeit.

Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdL zum Ergebnis der Schweizer Nationalratswahlen: Zustimmung für sozialdemokratische Zuwanderungspolitik.

Seite 3

Björn Engholm zum 75. Geburtstag von Philip Rosenthal: Stets ein Neuerer, unabhängig in Denken und Handeln.

Seite 3

46. Jahrgang / 201

21. Oktober 1991

### Mit Zivilcourage und Rechtsstaatlichkeit Zum Umgang mit der Asylproblematik

Von Hans Eichel  
Ministerpräsident des Bundeslands Hessen

I.

Die Landesregierung verurteilt die Gewaltaktionen und Mordanschläge gegen Ausländer/innen während der letzten Wochen. Die beschämenden Taten einer kleinen Minderheit in der Bevölkerung, die sich in offenem Fremdenhaß und gezielten Aggressionen bis hin zum Pogrom äußern, sind durch die unverantwortlich geführte Diskussion über das Asylrecht begünstigt worden. Gefordert sind jetzt Zivilcourage, Unterstützung für die Opfer und die Bekräftigung der rechtsstaatlichen Verfahren. Die Landesregierung begrüßt den Beschluß der Innen- und Justizminister zum Schutz von Ausländer/innen und Aussiedlern/innen vor gewalttätigen Übergriffen. In dieser Situation bekräftigt die Landesregierung erneut, nicht zuletzt mit Blick auf die deutsche Geschichte, das uneingeschränkte Recht auf Asyl.

II.

Die Landesregierung wendet sich gegen das Vorgehen von Bundesminister Schäuble und anderen Vertretern der Bonner Koalition, die schon wenige Stunden nach der parteiübergreifenden Einigung im Gespräch mit dem Bundeskanzler die einvernehmlich gefaßten Beschlüsse zur Vereinfachung der Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge in Frage stellen. In der Bevölkerung muß dadurch der Eindruck entstehen, daß die zögerliche Asylpolitik der Bundesregierung nur an parteipolitischen Taktik, nicht aber an der Bewältigung der bestehenden Sachprobleme orientiert ist.

III.

Die Landesregierung unterstützt alle rechtsstaatlichen Bestrebungen, die geeignet sind, das Asylverfahren auch im Interesse der Asylbewerber/innen zu vereinfachen. Sie wird insoweit alle in ihrer Möglichkeit stehenden Maßnahmen ergreifen. Die Landesregierung ist jedoch der Auffassung, daß Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl und der Rechtsweggarantie durch Änderung des Grundgesetzes weder wünschenswert noch geeignet sind, die Einreise von Flüchtlingen nach Deutschland zu begrenzen. Dies ist nur langfristig durch materielle Verbesserungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge möglich.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlicher Umgang  
mit unseren Redaktionen  
Erstausgabe-Papier



Zwischenzeitlich müssen nach Auffassung der Landesregierung alle Möglichkeiten zur Vereinfachung des Asylverfahrens unter Beachtung aller rechtsstaatlichen Grundsätze ausgeschöpft werden. Dazu gehört insbesondere auch die Aufgabe der bisherigen Zweigleisigkeit des Verfahrens bei den Ausländerbehörden einerseits und dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge andererseits. Die Landesregierung fordert deshalb die Übertragung von weiteren Zuständigkeiten auf das Bundesamt sowie die sofortige Verteilung der Antragsteller/Innen auf die Länder vor Beginn des eigentlichen Verwaltungsverfahrens.

IV.

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß alle Asylbewerber/innen mindestens bis zum Ende ihrer Anhörung durch das Bundesamt wie bisher in Hessen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen sind. Die hierfür notwendige Kapazität in der hessischen Gemeinschaftsunterkunft in Schwalbach (und deren Außenstellen) ist vorhanden. Stellt sich aufgrund der Anhörung heraus, daß das Asylbegehren nicht offensichtlich unbegründet ist oder daß Anhaltspunkte für ein Bleiberecht außerhalb des Asylrechts vorliegen, ist eine sofortige Weiterverteilung auf die Kommunen entsprechend dem Landeseinweisungsgesetz vorzunehmen. Der Aufenthalt in der Gemeinschaftsunterkunft soll sechs Wochen nicht überschreiten. Die Kapazität von Gemeinschaftsunterkünften sollte aus Gründen der Sozialverträglichkeit nicht mehr als 500 Plätze betragen; sie muß im übrigen in Relation zur Gemeindegröße stehen.

V.

Die Landesregierung wird über die im Haushaltsentwurf für 1992 vorgesehenen acht Stellen hinaus genügend Stellen für Richter und Folgepersonal schaffen, um eine erhebliche Beschleunigung der Gerichtsverfahren zu ermöglichen.

VI.

Die Landesregierung geht davon aus, daß der Bundesgesetzgeber aus rechtsstaatlichen Gründen bei der Beschränkung des Gerichtsverfahrens auf eine Instanz und der grundsätzlichen Zuständigkeit des Einzelrichters zumindest die Möglichkeit einer Zulassungsrevision zum Bundesverwaltungsgericht vorsehen muß.

VII.

Die Landesregierung wird bei den weiteren Beratungen über das Gerichtsverfahren die Einführung eines einheitlichen Asylverfahrens vorschlagen, so daß eine Trennung von Eilverfahren und Hauptverfahren entfällt.

VIII.

Die Landesregierung wird den Bund durch vorübergehende Abordnung hierzu bereiter Beamter bei der personellen Verstärkung des Bundesamtes unterstützen. Sie geht davon aus, daß der Bund die Kosten hierfür trägt.

IX.

Die Landesregierung unterstützt alle Bemühungen zum Aufbau der bei dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge eingerichteten Dokumentationsstelle, um eine rasche Überprüfung der von den Asylbewerbern gemachten Angaben zu ermöglichen. Diese Dokumentationsstelle muß allen über das Bleiberecht entscheidenden Stellen zur unmittelbaren Nutzung zugänglich sein. Eine über die jetzigen Rechtszustand hinausgehende Neuregelung zu erkennungsdienstlichen Behandlung aller Flüchtlinge hält die Landesregierung für nicht erforderlich.

(-/21. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Zustimmung für sozialdemokratische Zuwanderungspolitik**  
**Zum Ergebnis der Schweizer Nationalratswahlen**

**Von Dr. Dieter Spöri MdL**  
**Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg**

Das Ergebnis der Schweizer Nationalratswahlen zeigt deutlich, daß auch in einem gesellschaftlichen Umfeld emotionaler Asyldebatten Sozialdemokraten bei den Bürgerinnen und Bürgern einen Vertrauensgewinn erzielen können. Ähnlich wie gegenwärtig in Deutschland haben zwar ausländerfeindliche kleinere Rechtsparteien und die populistisch rechtsradikale Autopartei vor dem Hintergrund gewalttätiger Anschläge mit Sprengstoff, Brandbomben und Schußwaffen auf Ausländerheime einen Stimmenzuwachs verzeichnet.

Es zeigt sich aber, daß die Sozialdemokratie gerade auch unter diesen Bedingungen mit einer humanen und rechtsstaatlichen Position in der Frage der Einschränkung der wirtschaftlich motivierten Zuwanderung bei den Bürgern auf wachsende Zustimmung stößt.

Das Ergebnis zeigt aber auch, daß konservative Parteien, wenn sie mit dem üblichen Spiel der Rechtsradikalen konkurrieren, deutliche Einbußen hinnehmen müssen, weil die höhere "Kompetenz" für extreme, fremdenfeindliche Positionen immer stärker bei den rechtsradikalen kleineren Parteien liegt.

Das Setzen auf fremdenfeindliche Stimmungen hat sich für die Konservativen nicht gelohnt.

Das Fazit für die Bundesrepublik Deutschland heißt: Die SPD muß an ihrer humanen, rechtsstaatlichen und rational argumentierenden Linie zur Lösung des Zuwanderungsproblems festhalten.

Auch die Deutschen sind mehrheitlich nicht an zynischen Strategien zur partaitaktischen Ausschlichtung des Zuwanderungsproblems interessiert, sondern an ehrlicher und seriöser Problembewältigung.

(-/21. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Stets ein Neuerer, unabhängig in Denken und Handeln**  
**Philip Rosenthal zum 75. Geburtstag**

**Von Björn Engholm**  
**Vorsitzender der SPD**

Als Philip Rosenthal 1965 in der "Zeit" in einem überraschenden Plädoyer zur Wahl der SPD aufrief, löste er viel Zustimmung, im Unternehmerlager und bei der CDU/CSU aber nur Kritik aus, in einigen Fällen von außerordentlicher Bösartigkeit. Im Wahlkampf 1965 war Rosenthals Engagement für uns nur eine bescheidene Hilfe. Die seit Gründung der Bundesrepublik gegen die Sozialdemokratie gepflegten Vorurteile waren noch wirkungsmächtig und ihr Repräsentant Ludwig Erhard auf dem Gipfel seines Ansehens, dagegen vermochte sich die wirtschaftspolitische Kurskorrektur des 1959 beschlossenen Godesberger Programms noch nicht behaupten.

Mit seinem Aufruf für die SPD gab Rosenthal jedoch ein Signal, das über den Wahltag hinausreichte. Zum erstenmal hatte ein angesehener, durch wirtschaftlichen Erfolg ausgewiesener Unternehmer der SPD wirtschaftspolitische Kompetenz bescheinigt und den Regierungswechsel nicht als Untergang der Bundesrepublik, sondern als Normalfall der Demokratie bezeichnet.

Philip Rosenthal war als Unternehmer eine auffällige Gestalt. Ihm gelang es, das deutsche Produkt Haushaltsporzellan trotz härtester Weltkonkurrenz in der Gewinnzone zu halten.

Im Sinne Schumpeters war er stets ein Neuerer, deshalb schreckte er vor risikoreichen Investitionen und Veränderungen der Produktionstechnik nicht zurück. Den Arbeitnehmern seiner Firmen hat er damit die Arbeitsplätze in schwierigen Regionen erhalten und ihnen bessere Arbeitsbedingungen verschafft, denn Leitschnur für die Neubauten war neben Erhöhung der Produktivität auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dem Bauherrn Rosenthal verdanken wir Fabriken in Selb und Amberg, die ästhetisch und arbeitstechnisch zu den herausragenden Zeugnissen europäischer Industriearchitektur zählen.

"Unabhängig in Denken und Handeln" könnte als Motto über Philip Rosenthals Leben stehen.

Dafür hat er viel gewagt, dafür ist er Konflikten nicht ausgewichen, dafür war er immer wieder heftigsten Angriffen ausgesetzt.

Erinnert sei nur an die aggressive Kampagne, die dem aus Deutschland Vertriebenen seinen Kampf für die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus vorwarf. Unabhängig ist Philip Rosenthal als Mitglied der SPD geblieben. Ohne Zögern gab er 1971 das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschafts- und Finanzministerium auf, als seine Vorstellung von der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand von Karl Schiller auf Eis gelegt wurde. In dieser Frage wurde er nie müde, wider die sozialdemokratische Tradition zu argumentieren, die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Großunternehmen für vorrangig, die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer für nachrangig hielt. Um zwei Jahrzehnte wirtschaftliche Erfahrung in Europa reicher, spricht einiges für einen Ausgleich in diesem Streit.

Rosenthals Einwand gegen eine zu starke Einschränkung der unternehmerischen Freiheit findet heute breite Zustimmung, nachdem wir in vielen Sektoren und Regionen gesehen haben, welche Bedeutung unternehmerisches Handeln für eine dynamische Wirtschaft hat. Diese Einsichten zwingen nicht zur Rücknahme der Mitbestimmungsforderungen, sie legen aber ein Überdenken der überkommenen Organisationsmodelle nahe.

Die SPD hat versucht, die Erfahrungen des Marketing-Fachmanns Rosenthals für ihre Selbstdarstellung zu nutzen. Die Überlegung war bestechend. Der erfolgreiche Unternehmer, der für seine Unternehmensgruppe ein unverwechselbares Design durchgesetzt hatte, für den die bedeutendsten Designer unserer Zeit arbeiteten - von den Funktionalisten bis zu den Postmodernen -, sollte helfen, das angestaubte Design der SPD zu liften. Ich kann nicht sagen, daß nichts von seinen Vorschlägen realisiert worden ist, ein großer Wurf in seinem Sinne ist uns jedoch nicht gelungen. Vielleicht war sein Konzept zu marktorientiert, zu sehr gegen vertraute Gewohnheiten, gegen regionale Eigenheiten gerichtet. Eines kann ich Philip Rosenthal aber versprechen, daß wir seine Vorschläge bei der beschlossenen Modernisierung der SPD wieder aufgreifen werden.

Vor 23 Jahren ist aus dem Sympathisanten der aktive SPD-Politiker Rosenthal geworden. Den Wahlkreis Goslar-Wolfenbüttel hat er 1969 und 1972 direkt gewonnen, und von 1976-1983 hat er die bayerische SPD im Bundestag vertreten. Über Philip Rosenthal ist häufig geschrieben worden, daß ihm der sozialdemokratische Stallgeruch fehle; niemals konnte über ihn geschrieben werden, daß er seine Pflichten als sozialdemokratischer Abgeordneter vernachlässige. Er war immer mehr als ein guter Wahlkreisabgeordneter, da seine Arbeit für uns über den Wahlkreis hinauszielte. Gerade dieser Teil seiner politischen Arbeit hat das Bild der SPD in der Öffentlichkeit bestimmt, er war für uns unverzichtbar. Zu seinem 75. Geburtstag will ich ihm für seinen großen Beitrag zur Politik der SPD den Dank der deutschen Sozialdemokratie sagen.

(-/21.10.1991/rs/bgy)

\*\*\*\*\*